

# Unimog vor dem Verkauf für den Winter aufgemöbelt

Jahresrechnung wirft Fragen auf: Mehr als 18 000 Euro in altes Fahrzeug investiert – Überschüsse können 2014 ausgegeben werden

## GLASHÜTTEN

Die von Kämmerer Winfried Wagner (Verwaltungsgemeinschaft Mistelgau) im Gemeinderat vorgelegte Jahresrechnung 2013 veranlasste Bruno Heider (CSU) zu Rückfragen. Eingangs verwies Winfried Wagner auf einen Überschuss von 40 000 Euro. Ursache seien die höheren Einnahmen im Verwaltungshaushalt, die gegenüber den Ansätzen bei der Verabschiedung des Gesamthaushaltes um 187 000 Euro

höher liegen. Der Überschuss werde auf das Jahr 2014 übertragen. Bei seiner Anfrage wollte Heider wissen, weshalb die im Haushalt angesetzten Investitionszuweisungen vom Land in Höhe von 30 000 Euro noch nicht ausgeglichen sind. Dies geschehe erst im Zuge der Abrechnung, so Winfried Wagner. Auch die höheren Ausgaben von 2700 Euro beim Haushaltsansatz „Verkehrssicherungsanlagen“ stießen Heider auf. Bei seiner Antwort verwies Bürgermeister Werner Kaniewski

auf die zwischenzeitlich neu anzuschaffenden, notwendigen Absperrschilder.

Eine weitere Nachfrage von Heider bezog sich auf den Haushaltsposten „Unterhalt der Fahrzeuge“. Ursprünglich lautete der Ansatz auf 6000 Euro. Tatsächlich wurden bisher mehr als 18 000 Euro ausgegeben. Laut Bürgermeister Kaniewski ging es dabei um die Reparatur des gemeindlichen Unimog. „Dies ist eine stolze Summe“, so Heider. Zudem, so Kaniewski, bedurf-

te auch der Spindelmäher einer technischen Überholung. Dies rief zweiten Bürgermeister Hartmut Wagner (AFW) auf den Plan. „Wir haben doch einen neuen Unimog bestellt“ ließ er wissen. Und vorher investieren wir 18 000 Euro. „Es tut sicher weh“, so Karl-Jürgen Herath (SPD), aber der Unimog müsse wintertauglich gemacht werden.

Dafür, so die Ergänzung von Michael Neuner (CSU), steigt der Wiederverkaufswert des Fahrzeuges, da er zudem TÜV-geprüft ist. Der neue Uni-

mog sei noch nicht beschlossen, warf wiederum Heider in die Diskussion, nachdem der geplante Kauf von einer staatlichen Dienststelle noch nicht zustande gekommen ist.

Die Ausgaben für die Straßenbeleuchtung liegen mit 10 000 Euro über dem Haushaltsansatz. Dies liege an der Art und Weise der Abrechnung, betonte Egon Ruckriegel (SPD). Dem pflichtete der Kämmerer bei. Die Abrechnungen kommen zeitlich unterschiedlich. Deshalb die Differenz. d